

Thorsten Stodiek

Der Strategische Rahmen der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich

Einführung

Die OSZE ist seit der Entsendung der OSZE-Polizeiüberwachungsgruppe nach Ostslawonien, Kroatien, im Oktober 1998 im Rahmen internationaler Polizeiaktivitäten tätig. Auf dem Istanbuler OSZE-Gipfel im Dezember 1999 wurden Aktivitäten im polizeilichen Bereich in der Europäischen Sicherheitscharta bereits als wesentliches Element der Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Normalisierung der Lage nach einem Konflikt gewürdigt.

In den folgenden 13 Jahren konkretisierten die OSZE-Teilnehmerstaaten in 24 Einzelbeschlüssen des Ständigen Rates und des Ministerrats die Aufgaben und die Funktion der Durchführungsorgane der OSZE im Rahmen der Aktivitäten der Organisation im polizeilichen Bereich. Das kontinuierlich wachsende Aufgabenspektrum reicht von der Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma und Sinti über die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität – mit den Schwerpunkten Handel mit illegalen Drogen und Drogenausgangsstoffen, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet – bis zum Kampf gegen den Terrorismus.

Nach über einem Jahrzehnt der eher unsystematischen Erweiterung der Aufgaben im Polizeibereich wurden auf Initiative Deutschlands, Frankreichs und Schwedens eine Bestandsaufnahme und eine Bewertung der bisherigen Polizeiaktivitäten der OSZE vorgenommen, die 2010 zunächst in einen umfangreichen Analysebericht des Generalsekretärs¹ mündeten und im Juli 2012 schließlich zur Verabschiedung des *Strategischen Rahmens der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich*² und des *OSZE-Konzepts zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen*³ führten.

1 Organization for Security and Co-operation in Europe, Report by the OSCE Secretary General on Police-Related Activities of the OSCE Executive Structures up to the End of 2009, SEC.GAL/62/10, Wien, 1. April 2010.

2 Strategischer Rahmen der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 1049, Strategischer Rahmen der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich, PC.DEC/1049, 26. Juli 2012, Annex.

3 OSZE-Konzept zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 1048, OSZE-Konzept zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen, PC.DEC/1049, 26. Juli 2012, Annex.

Die Teilnehmerstaaten verabschiedeten 2012 außerdem einen Beschluss des Ständigen Rates über die *Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben*,⁴ sowie den *Konsolidierten Rahmen der OSZE für die Bekämpfung des Terrorismus*.⁵ Im Jahr 2013 verabschiedeten die Teilnehmerstaaten darüber hinaus einen Beschluss des Ständigen Rates über den *vorläufigen Katalog von vertrauensbildenden Maßnahmen der OSZE zur Verminderung der mit der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen Konfliktrisiken*.⁶

Der Strategische Rahmen der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich (im Folgenden: „Strategischer Rahmen“) analysiert die Rolle der OSZE im Polizeiwesen und den zusätzlichen Nutzen, den sie in diesem Bereich erbringen kann. Auf der Grundlage dieser Analyse legt der Strategische Rahmen fest, auf welche polizeibezogenen Aufgabengebiete sich die OSZE im Rahmen ihres umfassenden Ansatzes zur Wahrung der Sicherheit und zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen wie der organisierten Kriminalität künftig konzentrieren soll.

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Inhalte des Strategischen Rahmens erläutert und einige Beispiele dafür gegeben, wie diese Aufgaben von den Durchführungsorganen der OSZE erfüllt werden.

Die Rolle der OSZE und ihr zusätzlicher Nutzen bei der Polizeiarbeit

Die grundsätzliche Aufgabe der OSZE im Polizeibereich besteht entsprechend der im Strategischen Rahmen gegebenen Definition darin, die Strafverfolgungsbehörden der Teilnehmerstaaten „auf Ersuchen der Teilnehmerstaaten und mit deren Zustimmung [...] durch Bedarfsermittlung, den Aufbau von Kapazitäten und Institutionen, Ausbildung und Evaluierung [...] bei der Auseinandersetzung mit Bedrohungen durch kriminelle Aktivitäten bei gleichzeitiger Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ zu unterstützen. Der Schwerpunkt auf dem Kapazitätsaufbau ist der Tatsache geschuldet, dass die OSZE weder ein Mandat für operative Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung noch die dafür notwendigen Mittel besitzt.

-
- 4 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 1039, *Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben*, PC.DEC/1039, 26. April 2012.
 - 5 *Konsolidierter Rahmen der OSZE für die Bekämpfung des Terrorismus*, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 1063, *Konsolidierter Rahmen der OSZE für die Bekämpfung des Terrorismus*, PC.DEC/1063, 7. Dezember 2012, Annex.
 - 6 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 1106, *Vorläufiger Katalog von vertrauensbildenden Maßnahmen der OSZE zur Verminderung der mit der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen Konfliktrisiken*, PC.DEC/1106, 3. Dezember 2013.

Mit der Feststellung, dass die „zivilpolizeilichen Aktivitäten der OSZE [...] Bestandteil ihrer Bemühungen um Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und die Normalisierung der Lage nach Konflikten“ sind, bestätigt der Strategische Rahmen zudem frühere Beschlüsse.

Der Strategische Rahmen hebt außerdem hervor, dass die OSZE „sich auch gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen für die Förderung der internationalen und innerstaatlichen rechtlichen Rahmenbedingungen [einsetzt], unter denen die Polizei ihre Aufgaben im Einklang mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften wirkungsvoll wahrnehmen kann“.

Der zusätzliche Nutzen der OSZE im Zusammenspiel mit anderen internationalen Organisationen im Polizeibereich beruht vor allem auf ihrem dimensionsübergreifenden Ansatz und ihrem umfassenden Sicherheitsverständnis: Die Aktivitäten der OSZE im Polizeibereich zielen nicht nur auf die Durchsetzung von Rechtsvorschriften ab, sondern auch auf wirtschaftliche Aspekte, wie z.B. die Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche, sowie auf die Gewährleistung der Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Des Weiteren zeichnet sich die OSZE durch eine dichte Vor-Ort-Präsenz im OSZE-Gebiet aus: 2013 waren 15 Langzeit-Feldoperationen der OSZE in Südost- und Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien im Einsatz. Die dort gewonnene Erfahrung und das Netz aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern, das die Feldoperationen in ihren Aufnahmeländern aufgebaut haben, machen es möglich, Polizeiprogramme in Absprache mit allen relevanten Akteuren individuell anzupassen. Diese Herangehensweise ist von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, das Engagement einheimischer Akteure und die lokale Verantwortung für die Entwicklung und die Reform der Polizei in den Aufnahmeländern zu fördern und die Nachhaltigkeit des Erreichten sicherzustellen.

Die OSZE verfügt darüber hinaus über einen soliden Rahmen und gut funktionierende Mechanismen für die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler sowie auf fachlicher Ebene. Mit der Plattform für kooperative Sicherheit aus dem Jahr 1999 wurde außerdem die Basis für die Zusammenarbeit der OSZE mit den Vereinten Nationen und deren Organen sowie mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen geschaffen.

Im Kontext der Zusammenarbeit mit anderen internationalen, regionalen und nationalen Akteuren wird im Strategischen Rahmen großer Wert auf gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln sowie auf die Vermeidung von Doppelarbeit gelegt. Innerhalb der OSZE dient die Gruppe Strategische Polizeiarbeit der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (*Transnational Threats Department/Strategic Police Matters Unit*, TNTD/SPMU) als zentrale Schaltstelle für die Gewährleistung der Koordination und Kohärenz polizeilicher Aktivitäten, indem sie den Informationsaustausch erleichtert und sowohl konzeptionelle Orientierungshilfe als auch praktische Anleitung gibt.

Im dimensionenübergreifenden Bereich der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen hat das TNTD die Funktion einer Koordinationsstelle für organisationsweite Maßnahmen im Rahmen entsprechender Programme, wodurch die die Koordination und Kohärenz der Maßnahmen in allen drei Dimensionen der OSZE und die Abstimmung zwischen den Durchführungsorganen sichergestellt werden. Die spezifischen Mandate der verschiedenen Durchführungsorgane sind dabei vom TNTD zu respektieren (siehe Kasten 1).

Kasten 1: Maßnahmen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen

Die vier Beschlüsse des Ständigen Rates aus dem Jahr 2012 wurden auf dem Ministerrattreffen in Dublin im Dezember 2012 in dem Beschluss über die *Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen*⁷ nochmals auf Ministerebene bestätigt.

Dieser Prozess war bereits 2009 mit dem Athener Ministerratsbeschluss Nr. 2/09 über *weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität*⁸ und dem daraus resultierenden Bericht des OSZE-Generalsekretärs aus dem Jahr 2010 zur Implementierung des Beschlusses⁹ eingeläutet worden. Ein weiterer wichtiger Schritt war der 2011 in Vilnius verabschiedete Ministerratsbeschluss Nr. 9/11 über die *Verstärkung der Koordination und Kohärenz der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen*.¹⁰ Der Beschluss begrüßte die vom Generalsekretär vorgeschlagene Schaffung einer Abteilung, „die sich im Einklang mit den OSZE-Mandaten und im Rahmen der vorhandenen Mittel mit grenzüberschreitenden Bedrohungen befasst, um für mehr Koordination und Kohärenz zu sorgen und die Mittel der OSZE im Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen effizienter einzusetzen“. Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (*Transnational Threats Department*, TNTD), die am 1. Januar 2012 ihre Tätigkeit aufnahm, hat die Aufgabe, die Unterstützung für den Generalsekretär, den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten in Fragen grenzüberschreitender Bedrohungen u.a. in den Be-

7 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Dublin 2012, Beschluss Nr. 4/12, *Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen*, MC.DEC/4/12, 7. Dezember 2012.

8 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Athen 2009, Beschluss Nr. 2/09, *Weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität*, MC.DEC/2/09, Athen, 2. Dezember 2012.

9 Organization for Security and Co-operation in Europe, Report by the OSCE Secretary General on the Implementation of MC.DEC/2/09 on Further OSCE Efforts to Address Transnational Threats and Challenges to Security and Stability, SEC.GAL/107/10, Wien, 11. Juni 2010.

10 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Vilnius 2011, Beschluss Nr. 9/11, *Verstärkung der Koordination und Kohärenz der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen*, MC.DEC/9/11, 7. Dezember 2012.

reichen Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung und Grenzmanagement, Internetsicherheit und Polizeiarbeit zu optimieren. Das TNTD hat außerdem die Aufgabe, den Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Koordinierungsstelle für die Durchführung von organisationsweiten Programmen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen zu unterstützen und die Koordination und Kohärenz der Aktivitäten in allen drei Dimensionen der OSZE sowie der Durchführungsorgane der Organisation untereinander bei gleichzeitiger Achtung deren jeweiligen Mandats zu gewährleisten.

Das TNTD wird von einem Koordinator geleitet und umfasst die folgenden Unterabteilungen: einen Koordinierungsstab (*Co-ordination Cell, CC*), die Gruppe Terrorismusbekämpfung (*Action against Terrorism Unit, ATU*), das Referat Grenzsicherung und Grenzmanagement (*Border Security and Management Unit, BSMU*) und die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (*Strategic Police Matters Unit, SPMU*).

Leitsätze und thematische Prioritäten der OSZE-Aktivitäten im polizeilichen Bereich

Ein besonders wichtiger Aspekt des Strategischen Rahmens ist die Bezugnahme auf die *Leitsätze für die OSZE-Aktivitäten im polizeilichen Bereich*, die ein Markenzeichen des Engagements der OSZE im Polizeiwesen darstellen. Der Strategische Rahmen betont die vorrangige Bedeutung der Normen, Prinzipien und Standards relevanter Dokumente der Vereinten Nationen (VN) und der OSZE und bezeichnet deren Förderung als die Grundlage aller polizeilichen Aktivitäten der OSZE.

Zu den Prinzipien und Elementen demokratischer Polizeiarbeit gehören u.a. Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich Gender- und Minderheitenfragen, die Partnerschaft von Polizei und Öffentlichkeit sowie eine wirksame und rechenschaftspflichtige Strafrechtspflege.

Die Durchführungsorgane der OSZE sind aufgefordert, diese Prinzipien und Elemente demokratischer Polizeiarbeit im Zuge des Polizeiaufbaus und im umfassenden Ansatz zur Reform der Strafrechtspflege sowie bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen stets zu berücksichtigen.

Sie werden ebenso dazu aufgefordert, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und internationalen und regionalen Organisationen zu fördern.

Da die OSZE – wie bereits erwähnt – weder ein Mandat noch die Mittel zur Durchführung operativer Maßnahmen im Polizeiwesen besitzt, verweist der Strategische Rahmen auf fünf grundsätzliche Aufgabenbereiche, in denen die OSZE polizeibezogene Hilfe leistet:

- Aufbau von Institutionen und Kapazitäten,
- Vertrauensbildung, begleitende Kontrolle und Beratung der Polizei,
- Ausbildung der Polizei nach internationalen Standards der Polizeiarbeit,
- Erleichterung des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren sowie
- Auswertung der dabei gewonnenen Erkenntnisse für die Entwicklung programmatischer, konzeptioneller und methodischer Leitfäden.

Mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Kapazitäten der OSZE legt der Strategische Rahmen sechs thematische Prioritäten fest:

- Polizeientwicklung und -reform im Allgemeinen sowie die Auseinandersetzung mit Bedrohungen durch
- organisierte Kriminalität,
- Terrorismus,
- illegale Drogen und Drogenausgangsstoffe,
- Menschenhandel und
- Internetkriminalität.

Polizeientwicklung und -reform im Allgemeinen

Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung der Polizeientwicklung und -reform im Allgemeinen konzentrieren sich in erster Linie auf folgende Bereiche:

- Bürgernahe Polizeiarbeit/Partnerschaften von Polizei und Öffentlichkeit als wesentliche Elemente der Polizeiarbeit: Die OSZE fördert gute Beziehungen, die verstärkte Kommunikation und gemeinsame Problemlösungsansätze zwischen der Polizei, Regierungsbehörden und allen Bereichen der Gesellschaft.
- Austausch bewährter Verfahren: Die OSZE leistet Hilfestellung bei der Entwicklung von Ausbildungsstrategien und modernen Lehrmethoden (E-Learning, multimediales Lernen) und stellt Ausbildung im Bereich demokratische Polizeiarbeit bereit.
- Opferschutz: Die OSZE bietet Beratung zum Schutz von Opfern und Zeugen von Straftaten an.
- Multiethnische Polizeidienste und *Gender Mainstreaming*: Die OSZE fördert die angemessene Repräsentation von Frauen und Angehörigen ethnischer Minderheiten und Randgruppen in den Polizeidiensten.
- Leitfäden: Die SPMU entwickelt konzeptionelle und operative Leitfäden für verschiedene Bereiche der Polizeientwicklung und -reform, einschließlich eines ganzheitlichen Ansatzes zur Polizeireform im Rahmen der Reform der Strafrechtspflege, und hilft den Teilnehmerstaaten bei ihrer Umsetzung.

- Bekämpfung der Korruption: Die OSZE entwickelt im Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (*United Nations Convention against Corruption*, UNCAC) Strategien und Instrumente zur Korruptionsbekämpfung.

Auseinandersetzung mit Bedrohungen durch kriminelle Aktivitäten

In der Auseinandersetzung mit Bedrohungen durch kriminelle Aktivitäten setzt die OSZE folgende Schwerpunkte:

- *Bekämpfung der organisierten Kriminalität*: Die OSZE unterstützt die Teilnehmerstaaten in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (*United Nations Office on Drugs and Crime*, UNODC) bei der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (*United Nations Convention against Transnational Organized Crime*, UNTOC) und der UNCAC.
Die OSZE stärkt die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene.
Die OSZE bietet für Strafverfolgungsbehörden und andere Einrichtungen der Strafrechtspflege eine Fachausbildung in kriminaltechnischen Ermittlungen an, insbesondere mit dem Ziel, bewährte Methoden wie Finanzermittlungen, Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten und Rückverfolgung in Fällen von Geldwäsche zu vermitteln.
- *Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus*: Die OSZE fördert polizeiliche Strategien und Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten für die Bekämpfung von Radikalismus und gewalttätigem Extremismus, u.a. durch bürgernahe Polizeiarbeit und die Einbindung von Frauen in die Beilegung von Konflikten, und hilft den Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung polizeilicher Strategien, Taktiken und Mechanismen zur Bekämpfung des Terrorismus sowie von Leitlinien für die Ausbildung.
- *Bekämpfung des Drogenhandels*: Die OSZE hilft den Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung des Drogenhandels und der Abzweigung von Drogenausgangsstoffen und unterstützt sie bei der Entwicklung und Umsetzung entsprechender Ausbildungspläne und -programme für einschlägige Strafverfolgungsbehörden.
In Übereinstimmung mit dem *OSZE-Konzept zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen* fördern die Maßnahmen der OSZE zur Bekämpfung des Drogenhandels den Austausch bewährter Verfahren und wissenschaftlicher, faktengestützter Informationen und erleichtern und fördern das grenzüberschreitende Zusammenwirken zwischen den einschlägigen Strafjustizbehörden und anderen zuständigen innerstaatlichen Stellen der Teilnehmerstaaten bei der Verhütung, Erkennung, Bekämpfung,

Aufdeckung und Untersuchung drogenbedingter Straftaten sowie bei der Festnahme und Auslieferung der Täter im Einklang mit den bestehenden rechtlichen Bestimmungen. Präventivmaßnahmen zielen außerdem auf die Verringerung des Drogenmissbrauchs und der Drogenabhängigkeit sowie der durch Drogen verursachten Schädigung der Gesundheit und der Gesellschaft, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, ab.

- *Bekämpfung des Menschenhandels*: Die OSZE unterstützt die Verbesserung der Strategien zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels. Sie bemüht sich um eine umfassendere Mitwirkung verschiedener Akteure an der Ermittlung von Opfern des Menschenhandels und bemüht sich darum, deren Überweisung an entsprechende Dienste zu erleichtern. Sie ermutigt zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Zivilgesellschaft, u.a. durch eine strukturierte Partnerschaft von Polizei und Öffentlichkeit. Sie fördert ebenso das Zugehen auf gefährdete Gruppen, den Schutz von Zeugen und die strafrechtliche Verfolgung der Menschenhändler durch spezielle Finanzermittlungen, die Beschlagnahme der Erträge aus Straftaten und durch gezieltes Vorgehen gegen Korruption und Geldwäsche.
- *Ermittlungen gegen Internetkriminalität*: Die OSZE unterstützt auf regionaler und nationaler Ebene den Aufbau von Kapazitäten und erleichtert den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Internetkriminalität und dem Umgang mit Beweismitteln für Internetkriminalität mit den Schwerpunkten Bekämpfung von Hass und von sexueller Ausbeutung von Kindern im Internet sowie Eindämmung der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke im Einklang mit den Menschenrechten, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit.

Die Implementierung des Strategischen Rahmens für Aktivitäten im polizeilichen Bereich

Die Durchführungsorgane der OSZE befassen sich bereits seit vielen Jahren mit den im Strategischen Rahmen aufgeführten Aufgaben im polizeilichen Bereich.

Nachfolgend sollen einige Beispiele von Aktivitäten näher beleuchtet werden, in denen die OSZE einen großen Erfahrungsschatz aufgebaut hat und auf erfolgreiche Projekte verweisen kann.

Die Erstellung von OSZE-Leitfäden für die Polizeiarbeit

Die TNTD/SPMU hat sich zum Ziel gesetzt, eine demokratische Sicht der Polizeiarbeit für das gesamte OSZE-Gebiet anzubieten und sie in die Praxis umzusetzen. Sie unterstützt die OSZE-Teilnehmerstaaten daher beim Aufbau

polizeilicher Grundkompetenzen, die es ihnen ermöglichen, den Erfordernissen und Verpflichtungen, die sie mit der Unterzeichnung und Ratifizierung grundlegender internationaler Rechtsinstrumente eingegangen sind, besser nachzukommen. Darüber hinaus ist es das Ziel der TNTD/SPMU, eine konzeptionelle Grundlage für einen kohärenten Ansatz der OSZE zur Förderung der demokratischen Sicht der Polizeiarbeit zu erarbeiten.

Seit 2006 arbeitet die TNTD/SPMU daher mit Hunderten von Strafverfolgungsexperten aus OSZE-Teilnehmerstaaten, Durchführungsorganen und internationalen und regionalen Partnerorganisationen zusammen, um bewährte Verfahren der Polizeiarbeit zu sammeln und zu analysieren. Aus dieser Zusammenarbeit sind bislang zwölf Leitfäden hervorgegangen.

Kasten 2: Beispiele für OSZE-Leitfäden zur Polizeiarbeit

*Leitfaden für demokratische Polizeiarbeit/Guidebook on Democratic Policing by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General*¹¹

Der Leitfaden für demokratische Polizeiarbeit ist die grundlegende Publikation der Leitfadenserie der TNTD/SPMU. Er beschreibt die Ziele demokratischer Polizeidienste, die Bedeutung ihres Bekenntnisses zur Rechtsstaatlichkeit, Polizeibefugnisse, Polizeiethik und Menschenrechtsstandards, die wesentlichen Merkmale der polizeilichen Rechenschaftspflicht sowie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Öffentlichkeit.

*Referenzhandbuch zum Strafverfahren/Reference Guide to Criminal Procedure*¹²

Hierbei handelt es sich um ein Instrumentarium für Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwälte, Richter und Anwälte. Das Handbuch enthält einen umfangreichen Kodex internationaler verfahrensrechtlicher Vorschriften und Standards und bietet praktische Unterstützung für Strafprozessreformen in den OSZE-Teilnehmerstaaten.

*Bewährte Verfahren für den Aufbau von Partnerschaften zwischen Polizei und Öffentlichkeit/Good Practices in Building Police-Public Partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General*¹³

Dieser Überblick über die grundlegenden Prinzipien und bewährten Verfahren bürgernaher Polizeiarbeit analysiert die einzelnen Schritte ihrer Umsetzung, potenzielle Herausforderungen und Wege zu ihrer Bewältigung. Darüber hinaus beschreibt das Handbuch eine Vielzahl spezifischer Aktivitäten im Rahmen bürgernaher Polizeiarbeit sowie die Erfordernisse

11 SPMU Publication Series, Band 1, 2. Auflage, Wien, Mai 2008, erhältlich in albanischer, arabischer, armenischer, englischer, französischer, mazedonischer, russischer und serbischer Sprache.

12 SPMU Publication Series, Band 2, Wien, Dezember 2006, erhältlich in englischer und russischer Sprache.

13 SPMU Publication Series, Band 4, Wien, Mai 2008, erhältlich in albanischer, englischer, russischer und serbischer Sprache.

erfolgreicher und dauerhafter Partnerschaften zwischen Polizei und Öffentlichkeit.

*Bewährte Verfahren in der polizeilichen Grundausbildung – Lehrplanaspekte/Good Practices in Basic Police Training – Curricula Aspects by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General*¹⁴

Dieses Handbuch stellt die Ergebnisse einer umfassenden Analyse verschiedener Modelle der polizeilichen Grundausbildung in den OSZE-Teilnehmerstaaten vor. Sein Ziel ist es, den Austausch bewährter Ausbildungsverfahren zwischen Polizeiausbildungseinrichtungen zu erleichtern. Es behandelt Lehrplanaspekte wie allgemeine ethische Werte, Theorie der Polizeiarbeit und praktische polizeiliche Kenntnisse.

*Die Polizei und Roma und Sinti: Bewährte Verfahren im Aufbau von Vertrauen und Verständnis füreinander/Police and Roma and Sinti: Good Practices in Building Trust and Understanding*¹⁵

Das gemeinsam von der TNTD/SPMU und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) entwickelte Handbuch enthält eine Zusammenstellung bewährter Verfahren zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Polizei und Roma- und Sinti-Gemeinschaften mit dem Ziel, Diskriminierung und rassistisch motivierte Gewalt zu bekämpfen und die Möglichkeit der vollständigen und gleichberechtigten Teilhabe der Roma und Sinti an der Gesellschaft zu gewährleisten. Es ist als Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem OSZE-Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet gedacht.

*Menschenhandel: Identifizierung potenzieller und mutmaßlicher Opfer – ein Ansatz bürgernahe Polizeiarbeit/Trafficking in Human Beings: Identification of Potential and Presumed Victims – a Community Policing Approach*¹⁶

Dieses Buch enthält klare Leitlinien für die praktische Polizeiarbeit zur Identifizierung von Opfern des Menschenhandels und fördert die behördenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, öffentlichen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Menschenhandel.

*Polizeireform im Rahmen der allgemeinen Reform der Strafrechtspflege/Police Reform within the Framework of Criminal Justice System Reform*¹⁷

Ohne zeitliche und inhaltliche Abstimmung mit der Reform anderer Institutionen der Strafrechtspflege kann keine Polizeireform erfolgreich sein.

-
- 14 SPMU Publication Series, Band 5, Wien, Oktober 2008, erhältlich in englischer und russischer Sprache.
15 SPMU Publication Series, Band 9, Wien, April 2010, erhältlich in albanischer, englischer, rumänischer, russischer, serbischer und slowakischer Sprache.
16 SPMU Publication Series, Band 10, Wien, Juni 2011, erhältlich in englischer und russischer Sprache.
17 TNTD/SPMU Publication Series, Band 11, Wien, Juli 2013, erhältlich in englischer Sprache.

Der Leitfaden bietet ausgehend von einem ganzheitlichen Ansatz zur Polizeireform eine Zusammenstellung bewährter Verfahren aus dem OSZE-Gebiet und geht dabei auf die einzelnen Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und anderen Institutionen der Strafrechtspflege, der Zivilgesellschaft und nichtstaatlichen Anbietern von Sicherheitsdiensten und rechtsprechenden Stellen ein, um den Strafrechtsprozess insgesamt wirksamer und effizienter zu gestalten und dadurch eine verbesserte Sicherheit und Rechtsprechung für die Bevölkerung zu gewährleisten.

*OSZE-Referenzhandbuch Polizeiausbildung: Menschenhandel/OSCE Resource Police Training Guide: Trafficking in Human Beings*¹⁸

Das Handbuch stellt einen Mindestkatalog von Standards für die Ausbildung im Bereich Strafverfolgung in den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnerländern bereit. Sein Ziel ist es, die Strafverfolgungskapazitäten für die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels zu stärken und die Identifizierung neuer Trends und neuer Formen des Menschenhandels zu erleichtern. Das Handbuch veranschaulicht anhand von Fallstudien bewährte Verfahren bei den Ermittlungen in Fällen von Menschenhandel und bei der Identifizierung von Opfern.

*Leitfaden zur Menschenrechtserziehung für Strafverfolgungsbeamte/ Guidelines on Human Rights Education for Law Enforcement Officials*¹⁹.

Das gemeinsam von der TNTD/SPMU und dem BDIMR entwickelte Handbuch fördert die systematische und wirksame Menschenrechtserziehung für Polizeiangehörige und andere im Bereich der Strafverfolgung Beschäftigte. Es wurde auf der Basis umfangreicher Konsultationen mit Polizeiausbildern, Universitätsdozenten, Vertretern von nationalen Menschenrechtsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Experten in der Gestaltung und Erstellung von Lehrplänen für Strafverfolgungsbeamte erarbeitet.

Verhütung von Terrorismus und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen: ein Ansatz der bürgernahen Polizeiarbeit/Preventing Terrorism and Countering Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism: a Community Policing Approach.

Der Leitfaden wird derzeit gemeinsam von der TNTD/ATU, der TNTD/SPMU und dem BDIMR entwickelt und erscheint voraussichtlich 2014. Sein Ziel ist es, auf der Grundlage internationaler Erfahrungen und in Übereinstimmung mit den OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte Orientierungshilfe in der

18 TNTD/SPMU Publication Series, Band 12, Wien, Juli 2013, erhältlich in englischer und russischer Sprache.

19 OSCE ODIHR, Warschau, September 2012, erhältlich in englischer und russischer Sprache.

Frage zu geben, wie bürgernahe Polizeiarbeit im Rahmen eines wirksamen menschenrechtskonformen, gendersensiblen, und multidisziplinären Ansatzes zur Terrorismusbekämpfung genutzt werden kann.

Auf Wunsch der Teilnehmerstaaten und zur Unterstützung der OSZE-Feldoperationen und der OSZE-Institutionen stellt die TNTD/SPMU die Leitfäden bei regionalen Runden Tischen und Ausbildungsveranstaltungen vor. Sie hat außerdem damit begonnen, auf der Grundlage der in den Leitfäden dargestellten bewährten Verfahren spezielle Lehrpläne zu entwickeln.²⁰

Bürgernahe Polizeiarbeit

Bürgernahe Polizeiarbeit ist das Herzstück der polizeibezogenen Aktivitäten der OSZE. Sie ist zugleich Philosophie und Organisationsstrategie, die eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Polizei, anderen staatlichen Organen und den Bürgern fördern. Diese Zusammenarbeit wiederum ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriminalprävention und somit für die Reduzierung der Furcht vor Verbrechen und die Verbesserung der Lebensqualität in einer Gemeinschaft. Kriminalprävention erfordert das gemeinsame Engagement und die gemeinsame Verantwortung der Polizei und der Öffentlichkeit. Erreicht werden kann dies nur durch den Aufbau vertrauenswürdiger Partnerschaften zwischen Polizei und Öffentlichkeit, bei denen die gesamte Polizeiorganisation, alle staatlichen Organe und alle Segmente der Gesellschaft bei der Identifizierung und Lösung von Problemen aktiv zusammenarbeiten.

Interaktive Programme zur Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit wie z.B. die Einrichtung formeller oder informeller Foren für offene Diskussionen zwischen der Polizei und Vertretern aller Gemeinschaften sind besonders nützlich, um zu erfahren, was die Öffentlichkeit denkt, und die Zusammenarbeit und den Meinungsaustausch zu fördern. Dies kann zur Einbindung der Öffentlichkeit in Programme zur Kriminalprävention, u.a. durch die Bildung von Problemlösungskonkordien, sowie zur Entstehung eines Gefühls gemeinsamer Verantwortung für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit führen. Dabei sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass weite Kreise der Gesellschaft, einschließlich Minderheiten und gefährdeter Gruppen, in den Foren vertreten sind. Neben der Unterstützung durch die Einwohner in den örtlichen Gemeinschaften benötigt die Polizei auch die Unterstützung der lokalen Behörden, um erfolgreich arbeiten zu können. In einigen Fällen können auch andere Behörden für die Lösung sozialer Probleme in einer Gemeinde besser geeignet sein als die Polizei.²¹

20 Die Leitfäden können direkt bei der TNTD/SPMU unter spmu@osce.org bestellt oder von der OSCE-POLIS-Website unter <http://polis.osce.org/library> heruntergeladen werden.

21 Vgl. Guidebook on Democratic Policing, a.a.O. (Anm. 11), S. 44.

Häufig haben Projekte im Bereich bürgernaher Polizeiarbeit auch konkret die Versöhnung und Vertrauensbildung zum Ziel, z.B. wenn es um Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften geht, oder sie legen den Schwerpunkt auf *Gender Mainstreaming* und befassen sich mit geschlechtsspezifischer Gewalt und der Verbesserung der Vertretung von Frauen im Polizeidienst und in den gemeinsamen Foren von Polizei und Gemeinschaften.

Das Spektrum der Aktivitäten und Aufgaben der OSZE bei der Durchführung von Programmen zur bürgernahen Polizeiarbeit ist sehr breit gefächert, einige grundlegende Programmelemente finden sich jedoch in fast allen Empfängerländern. So werden in der Regel folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Bedarfsermittlung und Beratung der Regierungen der Empfängerländer bei der Entwicklung von Strategien und Programmen zur bürgernahen Polizeiarbeit;
- Organisation nationaler und internationaler Konferenzen und Workshops, Erleichterung von Studienreisen in andere Teilnehmerstaaten für politische Entscheidungsträger und Polizeibeamte in Leitungsfunktionen, auf denen sie sich mit anderen Modellen bürgernaher Polizeiarbeit vertraut machen können;
- Hilfestellung bei der Identifizierung von Pilotstandorten für die Einführung bürgernaher Polizeiarbeit;
- Entwicklung von Ausbildungslehrplänen und Durchführung von Lehrgängen für zukünftige bürgernahe Polizeibeamte zu Themen wie Kommunikation, Vertrauensbildung, Vermittlung in Konflikten, Entwicklung kreativer Ansätze zum Umgang mit Besorgnissen der Gemeinschaften, Problemlösung und Sammlung von Informationen, Umsetzung allgemeiner Mandate in geeignetes Handeln sowie die Weiterleitung der Anliegen der Gemeinschaften an die Polizeiführung und andere Akteure;
- Bereitstellung der Büroausstattung im Empfangsbereich in Polizeirevieren an Pilotstandorten;
- Bereitstellung von Beförderungsmitteln für bürgernahe Polizeibeamte, um ihnen den Kontakt zu den Bürgern zu erleichtern;
- Unterstützung der Empfängerländer bei der Öffentlichkeitsarbeit zur Einführung der bürgernahen Polizeiarbeit, darunter Tage der offenen Tür bei der Polizei, Medienkampagnen, interaktive Kommunikationsforen und Besuche in Schulen;
- Unterstützung bei der Einrichtung und Leitung der gemeinsamen Foren von Polizei und Öffentlichkeit auf lokaler, kommunaler, regionaler und nationaler Ebene, in denen Vertreter der Polizei, anderer staatlicher Organe, der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors Gelegenheit haben, gemeinsam Probleme zu identifizieren und zu lösen. Zu den häufigsten gemeinsamen Anliegen und Besorgnissen zählen beispielsweise Verkehrssicherheit, Drogenmissbrauch an Schulen, Umweltprobleme, Ba-

- gatelldelikte, häusliche Gewalt sowie generell die Verbesserung der Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen bzw. nationalen Gemeinschaften;
- Bereitstellung von Räumlichkeiten und Büroausstattung für formale Foren;
- Unterstützung der Foren bei der Schulung von Mitgliedern der Gemeinschaften zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten, aktiv zur Lösung von Problemen beizutragen, sowie
- die regelmäßige Evaluierung der Projekte bürgernahe Polizeiarbeit, u.a. durch Umfragen zur öffentlichen Wahrnehmung.

Kasten 3: Beispiel eines Projekts für bürgernahe Polizeiarbeit: die Initiative für kommunale Sicherheit (Community Security Initiative, CSI) in Kirgisistan

Die CSI ist das jüngste Beispiel einer von der OSZE durchgeführten umfangreichen Initiative zur bürgernahen Polizeiarbeit. Das Projekt wurde gestartet, nachdem es im Juni 2010 zu gewaltsamen interethnischen Zusammenstößen in Südkirgisistan gekommen war.

Die Komponente der bürgernahen Polizeiarbeit im Mandat der CSI umfasst folgende Aufgaben:

- Beratung und Unterstützung der territorialen Einheiten des Innenministeriums bei ihrer Zusammenarbeit mit örtlichen Gemeinschaften, u.a. durch den Aufbau einer Partnerschaft zwischen Polizei und Öffentlichkeit;
- Beratung und Unterstützung lokaler ziviler Behörden und von Vertretern der einheimischen Bevölkerung bei Fragen im Zusammenhang mit deren Sorgen und Bedürfnissen hinsichtlich ihrer Sicherheit, um so zum Abbau interethnischer Spannungen beizutragen und die Vertrauensbildung zwischen der Polizei und den örtlichen Gemeinschaften zu erleichtern;
- Vermittlungsdienste zur Erleichterung, Verbesserung und Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit sowohl zwischen der Polizei und der Zivilbevölkerung als auch zwischen ethnischen Gemeinschaften.²²

Seit Beginn des Projekts im Januar 2011 wurden aus internationalen Polizeiberatern bestehende Teams in 14 Projektstandorten in vier Provinzen Kirgisistans eingesetzt, wo sie mit ihren kirgisischen Kollegen – vor allem Kontaktbeamten und Beamten für Jugendkriminalität – gemeinsam in Polizeistationen arbeiteten, um sie sowohl zu evaluieren als auch in Fragen zu internationalen Standards bürgernahe Polizeiarbeit zu beraten. Dieses Ar-

²² Vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe, Concept for the Community Security Initiative, PC.DEL/1081/10.

rangement ermöglichte es den Beratern, Entwicklungen und die täglichen Herausforderungen, vor denen die Gemeinschaften und die Polizei stehen, zu verfolgen. Über 400 Polizisten wurden im Rahmen der CSI in der Anwendung der Prinzipien bürgernaher Polizeiarbeit und in ihren kommunikativen Fähigkeiten ausgebildet.

Zusätzlich zur Ausbildung und Beratung von Polizeibeamten zur Vermittlung von Kenntnissen in bürgernaher Polizeiarbeit wurden Verbesserungen in den Beziehungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung in erster Linie durch die Einführung mobiler Polizeiwachen (*Mobile Police Receptions*, MPRs), die Einrichtung gemeinsamer Foren von Polizei und Vertretern der Bevölkerung wie die Arbeitsgruppen für kommunale Sicherheit (*Community Safety Working Groups*, CSWGs), die Wiederbelebung bestehender örtlicher Verbrechenverhütungszentren (*Local Crime Prevention Centres*, LCPCs) und die Unterstützung mehrerer Veranstaltungen erreicht, auf denen Polizei und Bürger zusammenkamen, wie z.B. Sportveranstaltungen, Tage der offenen Tür bei der Polizei und Treffen zwischen Jugendlichen und Polizei, die dazu genutzt wurden, die Brücken zwischen den Gemeinden und der Polizei wiederaufzubauen.

Die inzwischen 18 MPR-Minibusse, die von dem Projekt finanziert und seit Juli 2011 ausgeliefert wurden, sind ein Instrument bürgernaher Polizeiarbeit, das deren Sichtbarkeit erhöht und die Verbundenheit von Polizei und Bevölkerung stärkt, insbesondere in abgelegenen Gebieten, in denen die Öffentlichkeit nur wenig Zugang zur Polizei hat. Bis Ende 2013 hatten die MPRs rund 130 ländliche und städtische Unterbezirke bereist. Die MPRs, die hauptsächlich in multiethnische Gegenden, in denen es in der Vergangenheit bereits zu ernststen interethnischen Spannungen gekommen war, entsandt werden, ermöglichen es den Bürgern, mit der Polizei Kontakt aufzunehmen und mit ihr zu kommunizieren. Die MPRs sind weder als Polizeistreifen noch zur Tatortermittlung oder als Einsatzfahrzeuge gedacht, auch wenn sie dazu eingesetzt werden könnten, um auf plötzlich auftretende Spannungen zwischen Polizei und Gemeinschaften oder zwischen Gemeinschaften infolge eines Zwischenfalls schnellstmöglich zu reagieren. Jede MPR ist mit einem Polizeibeamten besetzt, der in einigen Bezirken und zu bestimmten Zeiten gegebenenfalls von einem Gemeindevertreter begleitet wird. Mit den MPRs macht die CSI vor allem zwei Grundsätze deutlich: erstens, dass selbst eine Bagatelle, die nicht kriminell und eigentlich auch keine Polizeiangelegenheit ist, zu Unruhen in einer Gemeinschaft eskalieren kann und geklärt werden muss, um zukünftigen Problemen in der Gemeinschaft vorzubeugen. Auch Fragen im Zusammenhang mit öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder Probleme mit der Schulsituation müssen daher ernst genommen werden. Und zweitens, dass die Polizei gemeldeten Problemen auch nachgehen muss, wenn eine positive öffentliche Wahrnehmung entstehen soll, denn die Lösung eines persönlichen Problems eines Bürgers oder ein Besuch bei ihm, um ihn

über den Stand der Dinge in seinem Fall zu informieren, kann dessen Eindruck von der Polizei nachhaltig beeinflussen.

Um die Bevölkerung auf dieses neue Kommunikations- und Kooperationsinstrument aufmerksam zu machen, wurden die MPRs bei verschiedenen gemeinsamen Veranstaltungen für Bürger und Polizei vorgestellt und in mehreren Projektstandorten der CSI wurden in Tageszeitungen, im lokalen Fernsehen und auf elektronischen Plakaten Anzeigen und Werbespots geschaltet; so wurden alle Bürger einer Gemeinde angesprochen und dazu aufgefordert, die MPRs zu nutzen.

Ende 2013 hatten bereits mehr als 40.000 Bürger die MPRs dazu genutzt, Probleme vorzubringen, Beschwerden einzureichen, Lösungen zu erarbeiten und einen offenen Dialog anzustoßen. Gemeindemitglieder und Polizeiführung berichteten in ihren Gesprächen mit den CSI-Beratern, dass die MPRs mehrere Vorteile mit sich gebracht hätten, z.B. den leichteren Zugang zur Polizei, größere Sichtbarkeit der Polizei und einen Rückgang der Kriminalität.

CSWGs sind Foren auf kommunaler Ebene, in denen Angehörige der Polizei sowie Vertreter lokaler Behörden und der Zivilgesellschaft über ihre Probleme reden und Methoden entwickeln können, diese zu lösen, um Konflikte zu verhindern. Alle Probleme auf Gemeindeebene, die während der Einsatzfahrten der MPRs registriert wurden, wurden an die CSWGs zur Beratung weitergeleitet; außerdem wurden unter ihrer Aufsicht öffentliche Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Bei den Problemen ging es häufig um Jugendliche; sie betrafen insbesondere unsoziales Verhalten unter Jugendlichen und das damit verbundene Problem abwesender Eltern. Probleme mit der Wasser- und Stromversorgung oder mit der Müllabfuhr wurden ebenfalls überprüft. Als Berichte einzelner Gemeinden über Übergriffe der Polizei auftauchten, dienten die CSWGs als offenes Forum für die Diskussion und die Auswertung der Berichte mit Vertretern der Polizei. Polizisten konnten über kriminelle Vorfälle berichten, um bei ihren Ermittlungen von der Gemeinde Unterstützung zu erhalten. Wenn Personen als vermisst gemeldet wurden oder es in einem Stadtviertel zu einer Serie von Raubüberfällen kam, konnte die Polizei die CSWGs nutzen, um die lokalen Bürgervertreter zur Wachsamkeit aufzurufen.

Die LCPCs sind als „Rückgrat“ für die CSWGs auf lokaler Ebene gedacht. Seit September 2011 hat sich die CSI in Zusammenarbeit mit der Polizei, CSWGs, LCPCs und NGOs mit verschiedenen wichtigen Sicherheitsfragen befasst, die für nationale Interessengruppen von Bedeutung sind. Dazu gehören häusliche Gewalt, Brautraub, Schutzgelderpressung an Schulen und Jugendkriminalität. Diese Initiativen werden von allen Interessengruppen begrüßt. Dennoch beklagten die LCPCs die zu geringe administrative und finanzielle Unterstützung durch die Bezirksbehörden und das Innenministerium. Um Abhilfe zu schaffen, bot die CSI den LCPC-Mitgliedern im Jahr 2012 Schulungen an, verstärkte ihre Beziehungen zu den

CSWGs, der Polizei und den Gemeinden und bot Hilfe bei der Renovierung von LCPC-Räumlichkeiten an. 2012 gab es in den CSI-Projektstandorten 114 unterschiedlich aktive LCPCs, deren Mitarbeiter sich aus Vertretern von Ältestengerichten, Frauenkomitees, Jugendräten und Veteranenräten zusammensetzten.

Im Herbst 2012 rief die CSI gemeinsam mit dem Polizeireformprogramm des OSZE-Zentrums in Bischkek ein Nachbarschaftsmanagement-Projekt ins Leben. Ziel des Projekts ist es, das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen Kontaktbeamten und in den Nachbarschaftsmanagement-Teams vertretenen Mitarbeitern der LCPCs zu stärken. Die Teams dienen auch als Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Polizei, indem sie Beschwerden aus den Gemeinden entgegennehmen, sie an die entsprechende Interessengruppe in den LCPCs weiterleiten und Projekte zur Lösung der Probleme in die Wege leiten. Die Mitarbeiter der Nachbarschaftsmanagement-Teams wurden von der CSI ausgewählt, geschult und betreut. Im November 2013 gab es insgesamt 23 Nachbarschaftsmanagement-Teams in allen 14 CSI-Projektstandorten.

Die verschiedenen gemeinsamen Foren von Polizei und Bevölkerung haben außerdem kleinere Gemeinschaftsinitiativen wie z.B. Sportveranstaltungen, Tage der offenen Tür bei der Polizei sowie Treffen zwischen Jugendlichen und der Polizei durchgeführt, um die Brücken zwischen den Gemeinden und der Polizei wiederaufzubauen.

Sowohl nationale als auch internationale Akteure haben die Initiativen der CSI zur bürgernahen Polizeiarbeit begrüßt und eine beachtliche Verbesserung der Beziehungen zwischen den örtlichen Kontaktbeamten und den Gemeinden, einschließlich Minderheitengruppen, sowie zwischen den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften festgestellt, die auf die Initiativen zurückzuführen ist.

Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Allgemeinen.

Die von der VN-Generalversammlung mit Resolution 55/25 vom 15. November 2000 verabschiedete UNTOC ist das wichtigste internationale Dokument im Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Das Übereinkommen wird von drei Protokollen ergänzt. Bevor ein Land Vertragsstaat eines der Protokolle werden kann, muss es dem Übereinkommen selbst beitreten. Jedes der Protokolle betrifft ein bestimmtes Gebiet und eine konkrete Erscheinungsform organisierter Kriminalität:

- das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels,
- das Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg und

- das Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit.

Das Übereinkommen ist ein großer Schritt nach vorn im Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und zeigt, dass die Mitgliedstaaten der VN den Ernst der Probleme, die mit ihr einhergehen, ebenso erkannt haben wie die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern, um die Probleme bewältigen zu können. Staaten, die das Übereinkommen ratifizieren, verpflichten sich zu einer Reihe von Maßnahmen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, darunter innerstaatliche gesetzgeberische Maßnahmen zur Umschreibung bestimmter Handlungen als Straftaten (Beteiligung an einer organisierten kriminellen Gruppe, Geldwäsche, Korruption und Behinderung der Justiz), die Schaffung neuer und umfassender Rahmengesetze zur Auslieferung, zur Rechtshilfe und zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung sowie Ausbildung und technische Hilfe zum Ausbau der notwendigen Kapazitäten der nationalen Behörden.

Als die TNTD/SPMU im März 2006 damit begann, die Implementierung der UNTOC zu unterstützen, hatten erst 38 OSZE-Teilnehmerstaaten die Übereinkunft ratifiziert. Im September 2013 hatten alle 57 Teilnehmerstaaten die UNTOC ratifiziert bzw. waren ihr beigetreten.

Kasten 4: Regionale Workshops in Zentralasien zur internationalen Zusammenarbeit bei Strafsachen

Zwischen 2008 und 2012 führte die TNTD/SPMU in enger Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (*Office of the Co-ordinator of OSCE Economic and Environmental Activities*, OCEEA) und UNODC fünf regionale Workshops zur internationalen Zusammenarbeit bei Strafsachen für Vertreter der Strafjustiz aus Zentralasien in mehreren Ländern der Region durch. Die Workshop-Reihe trug zum gegenseitigen Verständnis der Gesetzgebung, der Regelungen, Systeme und Strukturen in der Region bei. 2012 stand dabei die Stärkung der vorhandenen Mechanismen zum Informationsaustausch im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus in der Region im Mittelpunkt. Anhand mehrerer Fallstudien behandelte der Workshop bewährte örtliche Praktiken sowie Probleme, die sich bei der regionalen Zusammenarbeit ergeben hatten. Zu den Teilnehmern gehörten wie in den vier vorausgegangenen Workshops Strafverfolgungs- und Justizexperten aus Zentralasien, Afghanistan, dem Iran und Pakistan. Aufgrund der positiven Bewertung der Workshops durch die Teilnehmer beabsichtigt die TNTD/SPMU, die Veranstaltungsreihe fortzusetzen.

Die Durchführungsorgane der OSZE unterstützen die Teilnehmerstaaten bei der Erarbeitung von Strategien und Aktionsplänen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Sie prüfen die einschlägige Gesetzgebung wie z.B. Strafprozessordnungen, um die Möglichkeiten der Strafrechtssysteme, auf nationaler und regionaler Ebene in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der UNTOC und ihrer Protokolle auf organisierte Kriminalität reagieren zu können, zu verbessern.

Die Durchführungsorgane bieten außerdem spezielle Schulungen zu kriminalpolizeilichen Ermittlungen für Strafverfolgungsorgane und andere Teile der Strafrechtspflege an oder unterstützen sie. Im Mittelpunkt stehen dabei die kriminalistische Analyse im Allgemeinen sowie die kriminaltechnische Analyse, Finanzermittlungen, die Beschlagnahme von Einkünften aus kriminellen Aktivitäten und die Rückverfolgung von Geldwäsche im Besonderen. Die Unterstützung im Bereich Kapazitätsaufbau konzentriert sich außerdem auf die Einrichtung und Ausrüstung spezieller Ermittlungsgruppen.

Im Zusammenhang mit Finanzermittlungen und der Stärkung polizeilicher Verantwortung haben die Durchführungsorgane der OSZE den Teilnehmerstaaten auch dabei geholfen, Strategien und Instrumente zur Bekämpfung der Korruption zu entwickeln.

Darüber hinaus haben die Durchführungsorgane die Fähigkeiten nationaler Strafrechtssysteme verbessert, Opfer und Zeugen von Verbrechen sachgerecht zu befragen, ihnen zu helfen und sie zu schützen.

Bekämpfung des Handels mit illegalen Drogen und Drogenausgangsstoffen

Der Handel mit illegalen Drogen ist nach wie vor eine der häufigsten Formen organisierter Kriminalität im OSZE-Gebiet. Er bringt die größten Gewinne und hat extrem negative Folgen für den Einzelnen und die Gesellschaft. Der globale Drogenhandel ist ein gigantisches Geschäft, dessen Umsatz auf über 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt wird. Die Straftäter sind in hohem Maße organisiert und operieren größtenteils auf internationaler Ebene über die nationalen Grenzen hinweg.

Afghanistan ist mit einem Anteil von rund 63 Prozent am weltweiten Anbau nach wie vor der größte Produzent von Schlafmohn.²³

Wesentlich für die Bekämpfung von Drogenhandel und grenzüberschreitender Kriminalität ist eine wirksame Strafverfolgung. Polizeiliche Maßnahmen zur Verringerung des Drogenangebots müssen sich darauf konzentrieren, die Produktion und die Lieferwege illegaler Drogen zu unterbrechen, die Maßnahmen zur Kontrolle der zweckwidrigen Lieferung und Abzweigung von Arzneimitteln und chemischen Ausgangsstoffen zu verstärken, organisierte kriminelle Gruppen zu zerschlagen und Mechanismen zu prüfen, mit denen sichergestellt werden kann, dass alle relevanten Akteure an der Umsetzung

23 Vgl. UNODC, World Drug Report 2012, Wien, Juni 2012, S. 27.

von Strafverfolgungsstrategien in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen beteiligt sind.

Spezialisten für die Drogenbekämpfung müssen gut ausgebildet und ausgerüstet sein und sich – insbesondere bei grenzüberschreitenden Polizeieinsätzen – aufeinander abgestimmter bzw. sich ergänzender Arbeitsmethoden bedienen. Die OSZE ist mit ihren zahlreichen Feldoperationen in mehreren Regionen der OSZE besonders gut dafür geeignet, die regionale und internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung gemeinsam mit dem UNODC und andere spezialisierten Regionalorganisationen voranzubringen.

Die Durchführungsorgane der OSZE haben in enger Zusammenarbeit mit dem UNODC zahlreiche interregionale, regionale und nationale Ausbildungslehrgänge und Workshops zur Bekämpfung des Drogenhandels für Polizeibeamte, Anwälte, Staatsanwälte und Richter konzipiert und durchgeführt. Darüber hinaus wurden die Teilnehmerstaaten dabei unterstützt, eigene Ausbildungsprogramme für den Bereich Drogenfahndung zu erarbeiten.

Kasten 5: Ausbildung afghanischer Polizeibeamter für die Drogenbekämpfung

Zur Implementierung der verschiedenen Beschlüsse des Ständigen Rates und des Ministerrats der OSZE zur Drogenbekämpfung sowie des Ministerratsbeschlusses Nr. 4/07 über das Engagement der OSZE für Afghanistan (Madrid 2007) haben die Durchführungsorgane der OSZE umfangreiche Anstrengungen unternommen, um afghanische Polizeibeamte in den Bereichen Grenzsicherung und Bekämpfung des Drogenhandels auszubilden. Seit 2007 fanden neun Lehrgänge für insgesamt 95 afghanische Beamte in speziellen Ausbildungseinrichtungen in Kasachstan, der Russischen Föderation, Tadschikistan und der Türkei statt, in deren Mittelpunkt die Planung und praktische Durchführung der Drogenfahndung standen.

Die Lehrgänge wurden größtenteils als Kurse zur Ausbildung von Ausbildern durchgeführt mit dem Ziel, einen nationalen Pool von Ausbildern für die afghanische Akademie für die Ausbildung zur Drogenbekämpfung aufzubauen, die befähigt sind, die Ausbildung der Mitarbeiter in den Drogenbekämpfungsbehörden zu übernehmen.

Mehrere OSZE-Lehrgänge dienten der Verbesserung der praktischen Fähigkeiten von Polizeibeamten, chemische Ausgangsstoffe für die Drogenherstellung zu erkennen und zu identifizieren und den Weg von Chemikalien, die vom legalen Markt abgezweigt wurden, bis zu den Quellen zurückzuverfolgen. Die Kurse waren in die sogenannte Regenbogenstrategie des UNODC für Zentralasien eingebettet. Häufig wurden zusätzlich zu den Lehrgängen auch Spezialausrüstungen zur Verfügung gestellt. So spendete die OSZE beispielsweise Test-Sets zum Nachweis von Drogenausgangsstoffen sowie Leitfäden zu deren Identifizierung.

In Zusammenarbeit mit Vertretern nationaler Justiz-, Gesundheits- und Bildungsbehörden sowie der Zivilgesellschaft unterstützen die Durchführungsorgane der OSZE in zahlreichen Teilnehmerstaaten Informationsveranstaltungen zur Drogenprävention.

Kasten 6: Übung für kontrollierte Drogenlieferungen im Rahmen verdeckter Ermittlungen in Südosteuropa

Im März 2011 führte die Abteilung für nationale und öffentliche Sicherheit der OSZE-Mission im Kosovo eine praktische Übung in Echtzeit für die kontrollierte Lieferung von Drogen im Rahmen verdeckter Ermittlungen durch, an der Strafverfolgungsorgane aus Albanien, Bulgarien, Deutschland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Slowenien und der Türkei teilnahmen. Die Einsatz- und Koordinierungszentrale wurde im Hauptquartier der Polizei des Kosovo eingerichtet. Die praktische Übung für die kontrollierte Drogenlieferung war die erste derartige Übung im Kosovo und sollte die Fähigkeiten der Strafverfolgungsorgane (Polizei, Zollbeamte und Staatsanwälte) zur Bekämpfung des Drogenhandels und die regionale Zusammenarbeit verbessern. Die Vorteile für die beteiligten Behörden bestanden in einem erhöhten Informationsaustausch und der Schaffung größeren gegenseitigen Vertrauens. Die regionalen Partner beurteilten die Polizei des Kosovo als zuverlässigen Partner bei der Bekämpfung des Drogenhandels. Die Polizei des Kosovo begann außerdem der internationalen und regionalen Kooperation mehr Aufmerksamkeit zu schenken.²⁴

Kampf gegen den Menschenhandel

Menschenhandel ist ein gegen eine Person gerichtetes schweres Verbrechen und eine Verletzung des gesamten Spektrums der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Er untergräbt die Würde und die Unversehrtheit des Menschen und stellt eine echte Gefahr für die menschliche Sicherheit dar. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, ILO) aus dem Jahr 2012 lassen das Ausmaß des Menschenhandels erahnen: In jedem beliebigen Augenblick sind weltweit 20,9 Millionen Menschen Opfer von Zwangsarbeit, wobei die ILO selbst darauf hinweist, dass es sich hierbei um eher vorsichtige Schätzungen handelt.²⁵ Der Handel mit und Schmuggel von Menschen wird zumeist von organisierten kriminellen Gruppen begangen, sodass beides der organisierten Kriminalität zuzurechnen ist. Die Polizei und ihre einzelnen Abteilungen sind an vorderster Front tätig, wenn es darum geht, das Verbrechen als solches zu verhindern, die Opfer zu identifizieren und sie unmittelbar an Ort und Stelle zu schützen. Diese Arbeit

24 Verweise auf Institutionen und die politische Führung im Kosovo beziehen sich auf die provisorischen Selbstverwaltungseinrichtungen.

25 Vgl. International Labour Organization, *Global Estimate of Forced Labour*, Genf 2012.

ist für die erfolgreiche strafrechtliche Verfolgung jedes einzelnen Falles von Menschenhandel sowie für die Befreiung der Opfer des Menschenhandels und die Wiederherstellung ihrer Rechte entscheidend. Die Rolle der Polizeibeamten, die oftmals die ersten Vertreter einer staatlichen Behörde sind, auf die die schwer traumatisierten Opfer treffen, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden

Die OSZE verfolgt im Kampf gegen den Menschenhandel einen Ansatz, der die Opfer in den Mittelpunkt stellt und auf den Menschenrechten beruht. Die Durchführungsorgane unterstützen die Teilnehmerstaaten dabei, ihre Strategien zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels zu verbessern. Sie leisten Hilfestellung bei der Erarbeitung nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, die eine effektivere strafrechtliche Verfolgung von Fällen von Menschenhandel ermöglichen und Bestimmungen zur Straffreiheit der Opfer fördern. Sie helfen ebenfalls bei der Entwicklung von Standardverfahren zur Verbesserung der nationalen Zuweisungsmechanismen, d.h. der nationalen Opferschutz- und Kooperationsmechanismen.

Kasten 7: Internationale Konferenz zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsarbeit

Die Konferenz, an der Vertreter von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, der Russischen Föderation, Serbien, der Türkei, Turkmenistan, der Ukraine und Usbekistan sowie von internationalen und bilateralen Organisationen teilnahmen, wurde am 6. und 7. Dezember 2012 vom OSZE-Büro in Baku veranstaltet. Rund 100 Teilnehmer diskutierten darüber, wie die Teilnehmerstaaten sich mit dem Thema Menschenhandel auseinandersetzen und wie die Einwanderungspolitik die Gefahr, dass Migrant*innen Opfer von Menschenhandel werden, vergrößern oder verringern kann, und verwiesen auf die internationalen Dokumente, die den Schutz von Menschenhandelsopfern forderten. Ein weiteres wichtiges Thema war Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften als eine Form der Ausbeutung, die derzeit zunimmt und insbesondere Arbeitsmigrant*innen betrifft. Die Teilnehmer bekräftigten die Notwendigkeit, vor, während und nach einem Strafverfahren Hilfe und Unterstützung anzubieten, sowie das Recht der Opfer auf Entschädigung und auf die Nichtverfolgung von Straftaten, die sie als Opfer von Menschenhandel begangen haben.

Zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus durch die OSZE im Bereich Menschenhandel gehört die Hilfestellung bei der Gestaltung von Lehrplänen, Handbüchern und Ausbildungsmodulen für Polizei- und Grenzbeamte, Richter, Staatsanwälte, Gewerbeaufsichtsbeamte, Mitarbeiter von Einwanderungsbehörden und andere Berufsgruppen. Behandelt werden dabei Themen wie Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, der Ausbeutung von Arbeitskräften und anderer Formen der Ausbeutung. Spezielle Lehrgänge

und Workshops auf nationaler und regionaler Ebene behandeln u.a. die Identifizierung, die Befragung, die Zuweisung, und den Schutz der Opfer von Menschenhandel sowie Methoden der Finanzermittlung, darunter die Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten und die Bekämpfung von Geldwäsche, um Menschenhandelsnetze zu zerschlagen.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit der Durchführungsorgane sind die stärkere Einbeziehung einer Reihe von Interessengruppen in die Identifizierung der Opfer von Menschenhandel, deren Zuweisung an Beratungs- und Hilfsdienste, die Kontaktaufnahme mit gefährdeten Gruppen sowie die engere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsorganen und Zivilgesellschaft bei der Aufklärungsarbeit, gegebenenfalls auch im Rahmen von Partnerschaften zwischen Polizei und Öffentlichkeit. Sie beraten interministerielle und zwischenbehördliche Arbeitsgruppen sowie die Zivilgesellschaft darin, wie Opfer von Menschenhandel erkannt, zugewiesen und geschützt und Verbrechen verhütet werden können. Darüber hinaus fördern die Durchführungsorgane eine bessere Abstimmung zwischen internationalen Organisationen und nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und unterstützen und überwachen die Implementierung nationaler Aktionspläne und Zuweisungsmechanismen.

Kasten 8: Regionale Lehrgänge zur Identifizierung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel

Vom 18.-20. Juli 2012 veranstaltete die TNTD/SPMU in Prag ein regionales Ausbildungsseminar zum Thema „Identifizierung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten im Zusammenhang mit verschiedenen Formen des Menschenhandels aus praktischer Sicht“. Das Seminar war eine Folgemaßnahme zum OSZE/UNODC-Expertenseminar über den „Einsatz von Systemen zur Bekämpfung der Geldwäsche im Kampf gegen den Menschenhandel“ im Jahr 2011. Zielgruppe dieses Seminars waren Ermittler der Kriminalpolizei und Finanzermittler, die mit Menschenhandel aus allen Regionen, die von OSZE-Feldoperationen abgedeckt wurden, befasst waren. Ziel des Seminars war es, Polizeiermittlern, die kriminalpolizeiliche Ermittlungen in Fällen von Menschenhandel durchführen, und Finanzermittlern, die für die Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Einkünften aus verschiedenen Formen des Menschenhandels zuständig waren, operative Leitlinien zur Verfügung zu stellen. Das Seminar förderte außerdem die Kooperation und Koordination sowie den Informationsaustausch zwischen und innerhalb von Strafverfolgungsorganen, *Financial Intelligence Units*, Banken und anderen Finanzinstitutionen.

Bekämpfung der Internetkriminalität

Laut einer Studie des UNODC aus dem Jahr 2013 hatten 2011 mindestens 2,3 Milliarden Menschen – mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung – Zugang zum Internet. Viktimisierungsstudien zeigen, dass deutlich mehr Menschen Opfer von Internetkriminalität werden als von „konventionellen“ Formen der Kriminalität. Die Zahl der Opfer von Kreditkartenbetrug im Internet, Identitätsdiebstahl oder *Phishing*-Versuchen sowie derjenigen, die die Erfahrung machen mussten, dass sich jemand unerlaubt Zugang zu ihrem E-Mail-Konto verschafft hat, schwankt zwischen einem und 17 Prozent der Internetnutzer in 21 Ländern weltweit; im Vergleich dazu wurden in denselben Ländern weniger als fünf Prozent Opfer von „klassischen“ Einbrüchen, Raubüberfällen oder Autodiebstählen. Die Zahl der Opfer von Internetkriminalität ist in weniger entwickelten Ländern höher, was deutlich macht, dass die Präventionsmaßnahmen in diesen Ländern verstärkt werden müssen.²⁶

Die Durchführungsorgane der OSZE klären die Teilnehmerstaaten über die Gefahren, die von der Internetkriminalität ausgehen, auf und bemühen sich darum, Präventionsmaßnahmen, den Informationsaustausch, Schulungsprogramme für kriminalpolizeiliche Ermittlungen und die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und Internet-Anbietern zu verbessern. Das jährliche OSZE-Treffen von Polizeiexperten war 2012 dem Thema „Bekämpfung der Bedrohung durch Internetkriminalität“ in der gesamten OSZE-Region gewidmet; an ihm nahmen 90 Experten aus der Wissenschaft, dem privaten Sektor und Organen der Strafrechtspflege teil. Zu den Aufklärungsmaßnahmen gehören auf Wunsch der Teilnehmerstaaten auch die Unterstützung bei der Überprüfung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem internationalen Übereinkommen über Computerkriminalität (*Convention on Cybercrime*) und Hilfestellung bei dessen praktischer Anwendung.

Die Maßnahmen der Durchführungsorgane in den Bereichen Ausbildung und Kapazitätsaufbau konzentrieren sich hauptsächlich auf die Verbesserung der Fähigkeiten der Organe der Strafrechtspflege der Teilnehmerstaaten, darunter Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte, in den Bereichen Computer-Forensik und digitale Beweisführung. Ziel der Maßnahmen ist es, ihre Fähigkeiten zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung von Internetkriminalität, darunter Finanzkriminalität und der Missbrauch von Kindern im Internet, und zur Einziehung von Erträgen aus Straftaten zu verbessern. Die Lehrgänge, an denen Vertreter aus Einrichtungen verschiedener OSZE-Staaten teilnehmen, finden auf regionaler Ebene statt. Sie werden in der Regel gemeinsam mit internationalen Partnern wie z.B. Europol, Eurojust, Interpol, dem UNODC und der Weltbank sowie mit spezialisierten Strafverfolgungsbehörden, Universitäten und dem privaten Sektor durchgeführt. Zu den Partnern gehören u.a. das Bundeskriminalamt (BKA), das

26 Vgl. UNODC, *Comprehensive Study on Cybercrime*, New York 2013, S. xvii-xviii.

Cybercrime Research Institute in Köln, das *Basel Institute on Governance*, die *Anti-Phishing Working Group* (APWG), die *International Association of Computer Investigative Specialists* (IACIS), das *University College Dublin* (UCD), Microsoft, McAfee und der *Cybersecurity Information Exchange Framework* (CYBEX).

Die Ausbildung wird häufig dadurch ergänzt, dass den Strafverfolgungsbehörden spezielle Computer-Hardware und -Software, die während der Kurse verwendet wurden, überlassen werden.

Kasten 9: Regionaler Lehrgang für Ermittlungen gegen Internetkriminalität

Vom 1.-19. November 2010 veranstaltete die TNTD/SPMU gemeinsam mit der OSZE-Mission in Serbien und dem Innenministerium der Republik Serbien einen dreiwöchigen Schulungskurs zur Internetkriminalität für Polizeiermittler, der in Belgrad stattfand. Der Kurs war ursprünglich von der *School for Computer Science and Informatics* des UCD für die Schulung von Polizeibeamten in EU-Staaten entwickelt worden. An dem Lehrgang nahmen 18 Polizeibeamte aus sechs Ländern in Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien) teil. Der Kurs gab Ermittlern eine Einführung in die Themen Computer, Betriebssysteme, Computerkriminalität, Computer-Forensik und forensische Computerprogramme. Die Teilnehmer wurden auch zu Ausbildern ausgebildet, um sie zu befähigen, das Gelernte an ihre Kollegen in ihren Heimatländern weiterzugeben. Ziel der Schulung war es, in Südosteuropa Kapazitäten für Ermittlungen gegen Internetkriminalität aufzubauen, um zukünftig spezialisierte Einheiten für Internetkriminalität einrichten zu können. Die Teilnehmer, die den Kurs erfolgreich abschlossen, erhielten einen Leistungsnachweis des UCD und bekamen die Gelegenheit, 2011 und 2012 an Fortsetzungskursen teilzunehmen, so z.B. an einer einwöchigen regionalen Fortbildungsveranstaltung zur Internetkriminalität mit dem Titel „*Regional Cyber-Crime Training Course on Using Linux as an Investigative Tool*“, der von UCD- und ECTEG-zertifizierten Instruktoern abgehalten wurde, an einem Seminar der APWG, das sich mit neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen, Trends und forensischen Methoden zur Bekämpfung der Internetkriminalität befasste, sowie an einem weiteren einwöchigen „*Regional Training Course on Advanced IT-Forensics, Network Investigations, and Forensic Computer Skills*“, der vom BKA im Zusammenhang mit dem siebten Lehrgang des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (*Office Européen de Lutte Anti-Fraude*, OLAF) zum Thema IT-Forensik in Wiesbaden durchgeführt wurde und von IACIS und BKA zertifiziert war.

Um ihre Schulungsmaßnahmen mit internationalen Partnern abzustimmen und das Netz von Ausbildungseinrichtungen und privaten Unternehmen weiter auszubauen, nimmt die TNTD/SPMU regelmäßig an Zusammenkünften wie z.B. der jährlichen „Octopus“-Konferenz des Europarats zur Computerkriminalität, den Treffen des *European Cybercrime Centre (EC3)* bei Europol, der *European Cybercrime Training and Education Group (ECTEG)* und den Sitzungen des Lenkungsausschusses der APWG teil.

Schlussfolgerung

Mit der Verabschiedung des *Strategischen Rahmens der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich* haben die Teilnehmerstaaten nochmals bestätigt, dass sie die große Bedeutung von Maßnahmen im polizeilichen Bereich für die Bekämpfung von organisierter Kriminalität, für Konfliktprävention und für die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit anerkennen.

Sie haben sich zu einer demokratischen Sicht der Polizeiarbeit für die gesamte OSZE-Region bekannt und die Durchführungsorgane der OSZE mit einem robusten Mandat und klaren Leitsätzen für die praktische Umsetzung dieser Sichtweise ausgestattet. Da es immer wieder neue Bedrohungen und Herausforderungen geben wird, haben sie außerdem beschlossen, den Strategischen Rahmen regelmäßig zu überprüfen.

Es wird sich zeigen, ob die regelmäßigen Überprüfungen angesichts der infolge der weltweiten Finanzkrisen ständig weiter schrumpfenden Mittel zu einer weiteren thematischen Priorisierung führen werden. Eine Ausweitung der Themenfelder ohne die Aufstockung der verfügbaren Ressourcen würde die OSZE vor enorme Herausforderungen bei der erfolgreichen Umsetzung ihres Mandats stellen.